

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Chancen mit Afrika gemeinsam nutzen: für eine zukunftsfähige EU-Afrika-Strategie

Unser Nachbarkontinent Afrika ist ein Chancenkontinent. Seine junge Bevölkerung und sein hohes Innovationspotenzial bieten dem gesamten Kontinent weitreichende Entwicklungschancen. Die afrikanische Mittelschicht wächst und bildet einen zunehmend interessanten Markt mit über 1,3 Milliarden Menschen. Die rapide Urbanisierung wird wirtschaftlich positive Effekte zeigen. Der Kontinent war im vergangenen Jahrzehnt die am zweitschnellsten wachsende Region der Welt nach Ostasien, mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 5,4 Prozent. Bisher werden diese Chancen jedoch kaum ergriffen. Im Gegenteil: Immer noch wird Afrika als Empfängerkontinent gesehen, „one size fits all“-Ansätze längst überholter Konzepte der Entwicklungszusammenarbeit werden genutzt.

Gerade angesichts der Folgen der COVID-19-Pandemie, muss deshalb die Partnerschaft der EU mit den Staaten Afrikas erneuert und ausgebaut werden. Die Entwicklungserfolge des vergangenen Jahrzehnts drohen durch den Zusammenbruch der globalen Wirtschafts- und Wertschöpfungsketten zunichte gemacht zu werden. Millionen von Kindern erhalten keine Schulbildung und sexuelle Übergriffe gegen Frauen nehmen dramatisch zu. Gleichzeitig nutzen mehr und mehr Regierungen in afrikanischen Staaten vermeintliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, um Oppositionsrechte, demokratische Teilhabe und Meinungsfreiheit einzuschränken. Angesichts der schwerwiegenden sozialen, politischen und ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie setzen wir uns als Fraktion der Freien Demokraten für eine Zusammenarbeit mit unseren afrikanischen Partnern auf Augenhöhe ein: Wir wollen Chancen ermöglichen, Armut bekämpfen, Fehlentwicklungen aber auch klar benennen und gemeinsam an einer positiven, nachhaltigen Entwicklung arbeiten.

Die EU-Afrika-Strategie kann der Schlüssel für eine nachhaltige und partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe sein. Nur durch einen gemeinsamen Ansatz werden wird Europa dem Chancenkontinent Afrika gerecht, nicht durch das Kleinklein 27 nationaler Partnerschaftsmodelle. Wir begrüßen deshalb die anstehende Erneuerung der EU-Afrika-Strategie. Gleichzeitig sind wir jedoch überzeugt davon, dass eine gemeinsame Strategie nur dann eine echte Wirkung entfalten kann, wenn sie politisch und institutionell auch innerhalb der EU zu echten Änderungen führt.

Allein schon der Blick auf die Herausforderungen macht dies deutlich: Aktuelle Schätzungen der zufolge Weltbank sinkt das Wirtschaftswachstum in Afrika in Folge der COVID-19-Pandemie deutlich und sorgt für die erste Rezession seit einem Vierteljahrhundert. Notwendige Eindämmungsmaßnahmen, ausbleibender Konsum und sinkende Investitionen führen zu Produktionsverlusten von mindestens 115 Milliarden US-Dollar. Das pro-Kopf-BIP wird Ende diesen Jahres auf den Stand von 2007 zurückgefallen sein (<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/34587>). Dies gefährdet jahrzehntelange Entwicklungserfolge, setzt die vielerorts rudimentären Gesundheitssysteme dieser Länder unter zusätzlichen Druck und könnte bis zu 40 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut stürzen. Darüber hinaus sind vielerorts schon heute die negativen Auswirkungen des Klimawandels deutlich spürbar. Unwetterereignisse und Dürren nehmen zu, damit die Nahrungsmittelknappheit und Unterversorgung. Immer noch lebt mehr als die Hälfte der weltweit ärmsten Menschen in Subsahara-Afrika. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung rasant, es entstehen moderne Metropolen und weltweit erfolgreiche Unternehmen und Unicorns in Afrika.

Die Fraktion der Freien Demokraten steht für einen zukunftsorientierten Dialog mit Afrika auf Augenhöhe und dafür, Partnerländer und Menschen gezielt bei der Ergreifung von Chancen zu unterstützen. Dabei setzen wir auf wirtschaftliche Entwicklung, die auf Freihandel, Digitalisierung und der gezielten Förderung des Unternehmertums in Afrika basiert. Wir setzen uns für die Einhaltung der Menschenrechte und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen ein und sehen uns in der gemeinsamen Verantwortung für Klimaschutz, Sicherheit und Stabilität. Wir sind davon überzeugt, dass Afrika erst dann sein Potenzial als Chancenkontinent ausschöpfen kann, wenn die Mehrheit der Menschen eine reale Chance hat, die Verantwortung für ihr Leben selbst zu übernehmen, die Politik ihres Landes mitzugestalten und ihre Abhängigkeit von externer Hilfe zu reduzieren. Daher setzen wir uns für gleiche Chancen für alle Menschen ein, gerade in den ärmsten Ländern der Welt.

Wir fordern eine gemeinsame europäische Strategie für Afrika, die über die bisherige EU-Afrika-Strategie hinausgeht und die nachhaltige Konzepte für Wirtschafts- und Handelsförderung, Sicherheit und Klimaschutz beinhaltet. Die Asyl- und Migrationspolitik muss im Einklang mit den Menschenrechten europäisch geregelt werden. Wir fordern mehr Bildungs- und Kulturaustausch zwischen Europa und Afrika und ein gesamteuropäisches Afrika-Jahr. Frauen- und Mädchenrechte wollen wir stärker in den Fokus der Entwicklungspolitik stellen, weil sie die wichtigsten aber gleichzeitig auch am meisten unterdrückten Träger von Entwicklungspotenzialen sind.

1. Eine gemeinsame europäische Strategie für Afrika umsetzen

Europa braucht eine echte gemeinsame Afrika-Strategie, die sowohl für die EU als auch für die Mitgliedsstaaten Leitlinie für die Zusammenarbeit mit Afrika ist. Die Fraktion der Freien Demokraten setzt sich für eine neue EU-Afrika-Partnerschaft ein, die die Beziehungen zwischen der EU und Afrika ganzheitlich betrachtet, ohne die speziellen Bedürfnisse der unterschiedlichen Regionen und

Länder aus den Augen zu verlieren. Die Bundesregierung ist gerade jetzt gefordert, sich im Rahmen der Aktualisierung der EU-Afrika-Strategie für einen echten Richtungswechsel einzusetzen. Das Wohlergehen Europas ist untrennbar mit dem unseres Nachbarn Afrika verbunden, heißt es in den Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung. Diesen Worten müssen Taten folgen. Denn weder Deutschland noch die EU dürfen den wachsenden Einfluss von Ländern wie China und Russland auf die Entwicklungen in Afrika länger ignorieren. Das bedeutet, verstärkt in produktivitätserhöhende Infrastruktur wie Internet, Verkehrswege, Wasser- und Energieversorgung sowie neue Technologien zu investieren und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung als einen Gegenentwurf zu Autokratie und Planwirtschaft anzubieten, um Wohlstand, Bildung und Sicherheit zu ermöglichen.

Angesichts der unzähligen Maßnahmen sowohl auf europäischer Ebene, als auch in der Entwicklungszusammenarbeit der einzelnen Mitgliedsstaaten der EU mit den afrikanischen Partnerländern, braucht eine effiziente EU-Afrika-Strategie vor allem Kohärenz. Hierbei muss vor allem der Ansatz des Joint Programming, also die gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit mehrerer EU-Staaten in einzelnen Entwicklungsländern sowie die Abstimmung nationaler Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit deutlich ausgebaut und durch Institutionen und Gremien verstetigt werden. Nicht jeder Mitgliedsstaat der EU muss in jedem Entwicklungsland über alle Sektoren hinweg aktiv sein. Stärken einzelner Mitgliedsstaaten in bestimmten Sektoren und enge wirtschaftliche und politische Verbindungen zu einzelnen Entwicklungsländern müssen stärker genutzt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz ein. Koordinierung und Kohärenz kann nur gelingen, wenn wir auch institutionell hierfür die Rahmenbedingungen schaffen. Durch die Schaffung einer solchen Bank unter dem Dach der Europäischen Investitionsbank wollen wir die vorhandenen Mittel der finanziellen Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten bündeln. Derzeit gleicht die europäische Entwicklungsfinanzarchitektur mit 19 nationalen Entwicklungsbanken, vier bilateralen Entwicklungsbanken, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung als regionaler Entwicklungsbank und der in den EU-Verträgen verankerten Europäischen Investitionsbank einem Flickenteppich. Dies ist weder effizient noch effektiv und wird auch der Rolle Europas in der Welt nicht gerecht. Mit der Bündelung der Mittel sowie der Beteiligung aller Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen wollen wir auch mehr Geld für private Investitionen in Entwicklungsländern mobilisieren. Die COVID-19-Pandemie macht deutlich, dass allein durch staatliche Mittel weder die UN-Nachhaltigkeitsziele noch die Pariser Klimaziele erreicht werden können. Durch eine Finanzierung dieser Bank mit 10 Milliarden Euro könnten Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro generiert werden. So wollen wir auch sicherstellen, dass die ambitionierten Ziele des, voraussichtlich Ende des Jahres in Kraft tretenden, Post-Cotonou-Abkommens in die Tat umgesetzt werden können. Die EU-Afrika-Strategie ist hierbei für uns der Umsetzungsfahrplan des Abkommens.

Gleichzeitig muss auch die Bundesregierung das eigene Afrika-Engagement der unterschiedlichen Ressorts bündeln und strategisch ausrichten. Denn bisher werden eine Vielzahl von Afrika-Initiativen der Bundesregierung von unterschiedlichen Ministerien federführend verantwortet, wie Compact with Africa (BMF), Marshallplan mit Afrika (BMZ) und Pro! Afrika (BMW). Dadurch entstehen Doppelstrukturen und Synergien bleiben ungenutzt. Auch für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika muss in Zukunft gelten: Alle Maßnahmen müssen sich in die EU-Afrika-Strategie einfügen und dürfen nicht im Widerspruch zueinander stehen. Die von der Bundesregierung eingerichtete Staatssekretärsrunde "Afrika", die im Jahr 2020 nach Angaben der Bundesregierung nur dreimal getagt hat, ist offensichtlich nicht dazu geeignet, dies zu gewährleisten. Auf nationaler Ebene muss klar sein: Die Ressortzuständigkeit innerhalb der Bundesregierung muss dahingehend geändert werden, dass alle Projekte und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit ausschließlich beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung koordiniert werden. Für die politische und strategische Koordinierung der Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik fordern wir darüber hinaus die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Eine echte EU-Afrika-Strategie, die die Beziehungen zwischen der EU und Afrika ganzheitlich betrachtet und die Maßnahmen der EU aber auch der Mitgliedstaaten deutlich besser koordiniert und Alternativen zum zunehmenden Einfluss Russlands und Chinas bietet.
- Die Schaffung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz. Mit der Bündelung der Mittel sowie der Beteiligung aller Mitgliedstaaten und ihren nationalen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, wollen wir auch mehr Geld für private Investitionen in Entwicklungsländern mobilisieren.
- Eine Neuordnung des Afrika-Engagements der Bundesregierung. Durch die Vielzahl der Afrika-Initiativen unterschiedlicher Ministerien entstehen Doppelstrukturen und Synergieeffekte werden nicht genutzt. Für die politische und strategische Koordinierung der Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik muss ein Nationaler Sicherheitsrat geschaffen werden.

2. Menschenrechte sind Grundvoraussetzung

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Standards sind Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für Wohlstand und für Wachstum. Noch immer sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte jedoch in vielen Ländern Afrikas konstant unter Druck. Verfassungen werden ignoriert und eine neue Generation von "Langzeitherrschern" etabliert sich gegen den Willen vieler Bürger. Anstelle offener Diktaturen werden vielfach subtilere Methoden zum Machterhalt angewendet: So hält das Phänomen des "third termism" - also die Änderung der Verfassung zur Abschaffung von Amtszeitbegrenzungen - vermehrt Einzug, wie erst die Wahlen in Uganda und im Tschad in diesem Jahr gezeigt haben. Allein zwischen 2001 und 2020 haben

sich 16 afrikanische Staatschefs eine weitere Amtszeit über verfassungsrechtlich geregelte Amtszeitbegrenzungen hinaus verschafft (<https://africacenter.org/spotlight/circumvention-of-term-limits-weakens-governance-in-africa>). Auch der systematische Ausschluss von Opposition und unabhängigen Medien vor und während des Wahlkampfes ebnet in zu vielen Staaten den Weg zu einer pro forma legalen weiteren Amtszeit.

Es ist offensichtlich, dass Vorhandensein und Durchsetzung von Amtszeitbegrenzungen mit höherer innerer Stabilität und besserer Regierungsführung korrelieren: Staaten, die Opfer von third termism wurden, rangieren im Transparency International Korruptionsindex im Median 57 Plätze unter Staaten, deren Verfassungen in Geist und Wort respektiert wurden (ebd. in Verbindung mit <https://www.transparency.org/en/cpi/2019#>). Neun von zehn Staaten ohne Amtszeitenbeschränkung sind von Binnenkonflikten geprägt (<http://africapolicyreview.com/third-termism-in-africa-and-its-socio-economic-impact/>). Acht der zehn Staaten, aus denen die Mehrzahl der afrikanischen (Binnen)Flüchtlinge stammt, verfügen über keine Amtszeitbegrenzung.

Gleichzeitig müssen wir den Dialog mit unseren afrikanischen Partnern stärken, um schon frühzeitig auf negative Entwicklungen gemeinsam reagieren zu können. Die Ausweitung der EU-AKP Joint Parliamentary Assembly und die Regionalisierung hin zu dezidierten parlamentarischen Versammlungen mit den afrikanischen Staaten im Rahmen des Post-Cotonou-Abkommens, begrüßen wir ausdrücklich. Gerade der parlamentarische Austausch bietet Raum und Möglichkeit, auch kritische Themen anzusprechen.

Neben der Förderung von Dialogprozessen muss die Bundesregierung ihr politisches Kapital im Rahmen der letzten Verhandlungsschritte über ein EU-AKP-Nachfolgeabkommen dafür einbringen, sicherzustellen, dass die im bisher geltenden Cotonou-Abkommen festgeschriebenen Dialog- und Sanktionsprozesse bei Verstößen gegen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgebaut werden. Schon heute kann in diesem Rahmen die Zahlung von Mitteln bei Verletzungen von Menschenrechten und Völkerrechtsstandards sowie demokratischer Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung ausgesetzt werden. Genutzt wird diese Möglichkeit jedoch kaum. Wir wollen zivilgesellschaftlichen Akteuren in diesen Ländern eine Stimme geben und setzen auf die verstärkte Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Stiftungen wenn Verstöße gegen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die Regierung nachgewiesen sind. Um diesen Prozess auszubauen, müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung für eine empfängerorientierte, transparente und effiziente Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden.

Um die Einhaltung von Menschenrechten und Völkerrechtsstandards sowie demokratischer Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung noch besser überprüfen zu können, wollen wir im Rahmen des Cotonou-Nachfolgeabkommens die Einführung eines öffentlichen Transparenzregisters sowie einer öffentlichen Beschwerdestelle bei der EU verankern. Gerade zivilgesellschaftliche Akteure müssen die Möglichkeit erhalten, Verstöße gegen

Menschenrechte, Völkerrechtsstandards sowie demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze melden zu können. Die EU-Kommission muss diese dann im Rahmen des Transparenzregisters veröffentlichen sowie die von ihr eingeleiteten Maßnahmen darlegen. So können nicht nur die vorhandenen Dialog- und Sanktionsmechanismen effektiver genutzt werden, sondern auch eine Nachvollziehbarkeit über die tatsächlich von der Kommission ergriffenen Maßnahmen hergestellt werden.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Vor dem Hintergrund zunehmender antidemokratischer Tendenzen muss die Budgethilfe, also die direkte finanzielle Unterstützung für die nationalen Haushalte unserer Partnerländer, auf den Prüfstand gestellt und nur noch in reduzierter Form eingesetzt werden.
- Auf europäischer Ebene, zwischen den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten, muss ein wirksamer und transparenter Kriterienkatalog entwickelt werden, anhand dessen die finanzielle Unterstützung für Länder, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte systematisch missachten, schrittweise und kriterienbezogen zurückgefahren werden kann. Als Ultima Ratio muss die konsequente Einstellung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Regimen vollzogen werden.
- Inter-Parlamentarische Dialogprozesse, wie beispielsweise durch die EU-AKP Joint Parliamentary Assembly, müssen gestärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig muss im Post-Cotonou-Abkommen der EU mit den AKP-Staaten sichergestellt werden, dass die bisher festgeschriebenen Dialog- und Sanktionsprozesse, bei Verstößen gegen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, tatsächlich genutzt und ausgebaut werden.
- Zivilgesellschaftliche Akteure, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und Stiftungen müssen gestärkt werden. Hierfür braucht es ein digitales, öffentliches Transparenzregister, bei dem Verstöße gegen Menschenrechte, Völkerrechtsstandards und demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze gemeldet werden können sowie die seitens der EU ergriffenen Maßnahmen transparent hinterlegt werden müssen.

3. Selbstbestimmtes Leben und gleiche Chancen für Frauen und Mädchen fördern

Immer noch haben Frauen und Mädchen in Afrika wenig bis gar keinen Zugang zu Bildung, zu formellen Arbeitsplätzen, Gesundheitseinrichtungen und kaum Chancen, sich wirtschaftlich und politisch zu engagieren. Auch ihre fundamentalen Menschenrechte werden durch Ungleichheit, Gewalt und traditionelle Geschlechterrollen sowie Praktiken wie weibliche Genitalverstümmelung, die den Frauen keine Möglichkeit der Selbstbestimmung geben, verletzt. Gerade in Folge der COVID-19-Pandemie nehmen ungewollte Schwangerschaften, häusliche Gewalt und Missbrauch auf Grund von Schulschließungen und Ausgangsbeschränkungen dramatisch zu. Wirtschaftlich werden Frauen benachteiligt, indem sie über begrenzte Eigentumsrechte verfügen, überwiegend im informellen Sektor tätig sind oder unbezahlte Arbeit verrichten.

Die ungleiche Stellung der Geschlechter verhindert wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Die Beseitigung dieser Missstände wollen wir zur Priorität der deutschen, europäischen und multilateralen Entwicklungs- und Außenpolitik machen. Frauen und Mädchen müssen Zugang zu Bildung und bezahlter Arbeit bekommen, ihre Rechte müssen geschützt werden. Vor allem müssen Frauen selbst entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen. Die Stärkung der Rechte für Frauen ist der Schlüssel für mehr Selbstbestimmung. Zu Selbstbestimmung gehört insbesondere das Recht jedes einzelnen Mädchens und jeder einzelnen Frau auf selbstbestimmte Geburtenkontrolle. Durch Bildung und Aufklärung muss dazu beigetragen werden, dass Mädchen und Frauen ihre Rechte auf eine selbstbestimmte Familienplanung wahrnehmen können.

Hierbei sehen wir Freie Demokraten insbesondere in der Ausweitung des Angebots für Grundbildung den Schlüssel für ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben. Wir setzen uns dafür ein, dass Grundbildung neben bereits bestehenden Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung noch stärker als bisher im Rahmen multilateraler Initiativen unterstützt wird und fordern eine Aufstockung der Zusagen Deutschlands an die Global Partnership for Education auf 110 Millionen Euro jährlich. Gerade auch um die Folgen der COVID-19-Pandemie abmildern zu können, sowie nachholende Grundbildungsangebote und einen Ausbau digitaler, ortsunabhängiger Lernangebote auch künftig bereitstellen zu können, muss Deutschland hier finanzielle Sicherheit schaffen. Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Umsetzung sexueller und reproduktiver Rechte und Gesundheit und wirkt sich gerade für Mädchen und Frauen nachweislich positiv aus. Mit dem Zugang zu Bildungseinrichtungen verringert sich die Gefahr von Frühverheiratungen und ungewollten Schwangerschaften ebenso, wie die Gefahr von häuslicher Gewalt und Missbrauch. Für Mädchen und Frauen bedeutet der Zugang zu Bildung ganz konkret auch die Chance auf selbstbestimmte Familienplanung und kann so auch einen Beitrag dazu leisten, das hohe Bevölkerungswachstum in vielen Ländern Afrikas einzudämmen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Verstärkung der Unterstützung für Bildungsangebote in Kriegs- und Krisengebieten, wie „Education Cannot Wait“, ein. Gerade hier wollen und müssen wir jungen Menschen abseits von Gewalt und Not eine Perspektive bieten.

Darüber hinaus setzt sich die Fraktion der Freien Demokraten für einen deutlichen Ausbau multilateraler Gesundheitsstrukturen für Familienplanung wie United Nations Population Fund (UNFPA) und International Planned Parenthood Federation (IPPF) ein. Auch nach der Rücknahme der sogenannten Global Gag Rule, also der faktischen Aussetzung aller Zahlungen an Organisationen zur Förderung von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte, durch die US-Administration von Joe Biden, bleiben gerade in diesem Bereich enorme Finanzierungslücken. Dem wollen wir durch ein konzentriertes und gemeinsames europäisches Programm für selbstbestimmte Familienplanung entgegenreten. Wir wollen verhindern, dass unter einem möglichen zukünftigen Finanzierungsausstieg eines wichtigen Gebers erneut Millionen von Mädchen und Frauen weltweit

leiden. UN Women wollen wir darüber hinaus gezielt fördern, um Rechte und Lebenschancen der Frauen in Afrika zu stärken.

Neben einer besseren finanziellen Unterstützung für multilaterale Grundbildungsinitiativen setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung sich auch endlich aktiv in den Gremien der entsprechenden Organisationen und Fonds einbringt. Die konsequente Umsetzung von Gleichberechtigung in den Programmen und Maßnahmen aber auch der Ausbau von inklusiven Bildungs- und Gesundheitsangeboten müssen ein zentrales Anliegen Deutschlands werden. Sind die Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven sowie der Zugang zu Gesundheitsversorgung für Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern grundsätzlich schon prekär, so verschärft sich die Situation der Menschen mit Behinderungen um ein Vielfaches, da ihnen in vielen Fällen eine grundsätzliche gesellschaftliche Akzeptanz verwehrt ist. Hier müssen bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit ansetzen, um Chancengerechtigkeit zu schaffen und gesellschaftlichen Wandel anzustoßen.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Die Förderung der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen muss zur Priorität der deutschen, europäischen und multilateralen Entwicklungs- und Außenpolitik werden.
- Der Beitrag Deutschlands zur Global Partnership for Education muss auf 110 Millionen Euro jährlich erhöht werden, um insbesondere Mädchen und Frauen einen gleichberechtigten und niedrigschwelligen Zugang zu Grundbildung und damit auch zu Selbstbestimmung und persönlicher Entfaltung zu ermöglichen.
- Zur Förderung von sexueller Selbstbestimmung und selbstbestimmter Familienplanung muss der Beitrag Deutschlands zu multilateralen Gesundheitsstrukturen wie dem United Nations Population Fund (UNFPA) und der International Planned Parenthood Federation (IPPF) erhöht werden. Zur Stärkung der Rechte und Lebenschancen von Frauen muss auch UN Women zusätzlich gefördert werden.
- Neben einer Erhöhung der finanziellen Zusagen muss Deutschland sich auch endlich aktiv in den Gremien der entsprechenden Organisationen und Fonds einbringen. Die konsequente Umsetzung von Gleichberechtigung in den Programmen und Maßnahmen, aber auch der Ausbau von inklusiven Bildungs- und Gesundheitsangeboten, müssen ein zentrales Anliegen Deutschlands werden.
- Inklusion muss als zentrale Querschnittsaufgabe auch im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit vollumfänglich umgesetzt werden, um auch für Menschen mit Behinderungen Chancengerechtigkeit zu schaffen.

4. Heterogenität des Kontinents anerkennen und passende Lösungen anbieten

Die 54 Länder des afrikanischen Kontinents unterscheiden sich nicht nur in ihrer kulturellen Vielfalt, sondern auch durch Regierungsführung und Wirtschaftsleistung. Nach Angaben der Weltbank zählen 23 Staaten Afrikas zu

den sogenannten low income countries, 28 zu den middle income countries und zwei zu den Hocheinkommensländern. Obwohl Länder wie Tansania, Ruanda, Äthiopien, Côte d'Ivoire, Ghana und Benin in den vergangenen Jahren konstant deutliche Wachstumsraten von über sechs Prozent des nationalen BIP erzielten, zählen noch immer 32 Länder Afrikas zu den 46 ärmsten Ländern der Welt, den sogenannten least developed countries (LDCs). Diese Länder leiden unter extremer Armut, fehlender Gesundheitsversorgung und Infrastruktur, Nahrungsmittelknappheit sowie schlechter Regierungsführung und sind sehr stark von Entwicklungsmitteln abhängig. Gerade seit Mitte der 2010er Jahre zeigt sich jedoch ein Trend, der eine immer geringere Unterstützung für die LDCs durch die weltweiten öffentlichen Geber erkennen lässt. Diesem globalen Trend, in dem auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verortet ist, stehen die Zielsetzungen der Globalen Nachhaltigkeitsziele (sustainable development goals – SDGs) entgegen. Die Situation der LDCs ist dabei auch für Europa zentral. Internationalen Migrationsbewegungen zeigen, dass die LDCs in besonderem Maße sowohl von Abwanderung und Flucht betroffen sind, als auch als Transit- und Zielländer. Aus diesem Grund setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe für LDCs auf 0,15 bis 0,2 Prozent des BIP bis 2030 zu erhöhen. Da globale Herausforderungen globale Lösungen brauchen, setzen wir bei der Unterstützung der LDCs ganz besonders auf multilaterale Lösungen. Die Folgen der COVID-19 Pandemie zeigen, wie wichtig dieses Vorgehen ist: Gerade den einstigen „Entwicklungs-Champions“, mit hohen Wachstums- und Entwicklungsraten, droht erneut eine Zunahme von Armut und Stagnation.

Neben der Sicherstellung der Nahrungsversorgung, Gesundheitsversorgung und dem Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen setzen wir insbesondere auf die Ausweitung des Engagements der EU und Deutschlands im Bereich der Bildung. Bildung ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben und trägt nachweislich zum Ausbau von Demokratie und Wohlstand bei. Gerade deshalb wollen wir insbesondere multilaterale Initiativen fördern, die nicht nur Mittel für Bildungsmaßnahmen in den LDCs bereitstellen, sondern auch dazu beitragen, dass die empfangenden Länder in ihren eigenen Haushalten den Stellenwert von Bildung abbilden und selbständig Mittel bereitzustellen. Nur so kann eine langfristige eigenständige Bildungsfinanzierung in den Entwicklungsländern erfolgreich umgesetzt werden.

In Lower-Middle-Income- und Middle-Income Ländern müssen wir von der Entwicklungshilfe-Logik abrücken und neue Formen der Zusammenarbeit voranbringen - für mehr Kooperation, Erfahrungsaustausch und Mehrwert für alle beteiligten Partner. In diesen Ländern müssen die Schwerpunkte der Zusammenarbeit in Abstimmung mit politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern so gesetzt werden, dass sie nicht nur gezielt auf spezifische Bedürfnisse der jeweiligen Länder ausgerichtet sind, sondern auch globale und regionale Herausforderungen berücksichtigen. Bei Themen wie Klimaschutz, Wirtschaftsförderung und Stärkung demokratischer Institutionen können sowohl afrikanische als auch europäische Länder aus der verstärkten Zusammenarbeit profitieren und voneinander lernen. Hierbei wollen wir insbesondere auch die

Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union stärken.

Als Fraktion der Freien Demokraten setzen wir uns dafür ein, das Know-How Deutschlands noch stärker in die europäische Entwicklungszusammenarbeit einfließen zu lassen. Viele der Lower-Middle-Income- und Middle-Income Länder sind zur Finanzierung des wachsenden Wohlstands, insbesondere zum Infrastrukturausbau, auf Kredite und Darlehen oder aber den Verkauf von Rohstoffen angewiesen. Gerade China macht sich diese Abhängigkeiten zu nutze und droht durch die großzügige Vergabe von zinsvergünstigten Krediten und Darlehen viele Länder in Abhängigkeit zu treiben. Diesen Trend wollen wir stoppen, durch die von uns vorgeschlagene Europäische Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz sowie durch die Stärkung des multilateralen Entwicklungsbankensystems als zentralem Bestandteil einer EU-Afrika-Strategie. Good Financial Governance muss ein Leitprinzip der neuen EU-Afrika-Strategie werden und die EU sowie die Mitgliedsstaaten müssen gerade in diesem Bereich ihre Kompetenzen noch stärker einbringen.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Die im Rahmen der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) eingegangene Selbstverpflichtung zur Förderung der ärmsten Länder der Armen, der sogenannten least developed countries, muss gerade angesichts der Folgen der COVID-19-Pandemie eingehalten werden. Die Unterstützung für diese Länder muss deutlich erhöht werden, auf 0,15 – 0,2 Prozent des BIP jährlich, zur Förderung der Nahrungsmittelsicherheit, des Gesundheitssektors, des Zugangs zu Bildung und zum Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen.
- In der Zusammenarbeit mit den Lower-Middle-Income- und Middle-Income-Ländern braucht es eine Abkehr der bisherigen Entwicklungshilfe-Logik. Schwerpunkte der Zusammenarbeit müssen in Abstimmung mit politischen und zivilgesellschaftlichen Partnern so gesetzt werden, dass sie gezielt auf spezifische Bedürfnisse der jeweiligen Länder ausgerichtet sind und globale und regionale Herausforderungen ebenso berücksichtigen, wie den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe.
- Durch die Einrichtung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz und die Stärkung des multilateralen Entwicklungsbankensystems müssen die Abhängigkeiten schnell wachsender Partner von Rohstoffen und Krediten aus China reduziert und Good Financial Governance als Leitprinzip der gemeinsamen europäischen Entwicklungszusammenarbeit verankert werden.

5. Wohlstand durch regelbasierten Handel und Infrastrukturausbau fördern

Zudem müssen afrikanische Länder bei der Modernisierung ihrer Zollverwaltungen sowie der Anpassung von gesetzlichen Rahmenbedingungen unterstützt werden. Dies spielt insbesondere innerhalb der afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften eine bedeutende Rolle. Noch sind die Märkte vieler afrikanischer Staaten einzeln zu klein, um attraktiv für nachhaltige ausländische

Direktinvestitionen zu sein. Neben unzureichenden rechtsstaatlichen und demokratischen Standards ist dies einer der Hauptgründe für ausbleibendes Wachstum in Afrika. Deshalb fordern wir, dass der Ausbau der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften - als Zwischenschritt zu einer Afrikanischen Freihandelszone - wieder eine stärkere Rolle in der Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika bekommt. Gerade hier können wir Europäer mit unseren eigenen Erfahrungen einen positiven Beitrag zur Entwicklung leisten. Dies muss sich nicht nur im Cotonou-Folgeabkommen widerspiegeln, sondern insbesondere auch in der EU-Afrika-Strategie, die wir als Umsetzungsfahrplan des Abkommens betrachten.

Eine besondere Rolle bei der Stärkung des Handels und der Wirtschaft in Afrika wird Digitalisierung spielen. Nach Schätzungen der Weltbank können zwei Drittel der jetzigen Arbeitsplätze in Entwicklungsländern durch Automatisierung im Zuge der Digitalisierung entfallen (<http://documents.worldbank.org/curated/en/896971468194972881/pdf/102725-PUB-Replacement-PUBLIC.pdf> S. 22-23). Gleichzeitig werden neue Jobs entstehen, wenn dafür die Rahmenbedingungen - die notwendige Infrastruktur, rechtlicher Rahmen und entsprechende Bildungsangebote - geschaffen werden. Insbesondere sind Plattformökonomien und internationaler Online-Handel erfolgversprechend bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hier muss die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft intensiviert werden, um gleiche Spielregeln beim Einsatz neuer Technologien durchzusetzen.

Aber auch Europa muss seine Hausaufgaben machen. Wir fordern ein Umdenken bei der Subventionierung landwirtschaftlicher Produktion. Die Gemeinsame Agrarpolitik darf nicht mehr zulasten afrikanischer Länder betrieben werden. Derzeit werden afrikanische Länder mit landwirtschaftlichen Produkten aus Europa überflutet, die trotz langer Transportwege durch Subventionen günstiger als einheimisch produzierte Waren sind. Dies hindert die lokale Produktion, erschwert den Aufbau von verarbeitender Industrie vor Ort und führt zu Abhängigkeit von Importen.

Gleiches gilt auch für nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Zwar genießen allen afrikanischen Staaten einen präferenziellen Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit niedrigen bis keinen Zöllen. Faktisch wird der Zugang afrikanischer Produkte, insbesondere von Agrarprodukten, zum europäischen Binnenmarkt jedoch durch produkt- und produktionsbezogene Standards erschwert oder gar unmöglich gemacht. Hier fordern wir ein klares Ende der europäischen Abschottungspolitik: Alle produkt- und produktionsbezogenen Standards der EU müssen überprüft und, sofern sie nicht zum Verbraucherschutz oder zur Sicherung der öffentlichen Gesundheit und Durchsetzung internationaler Arbeitsschutzstandards beitragen, abgeschafft werden. Faire Handelsbeziehungen müssen auch für afrikanische Produkte in die EU gelten.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Der afrikanische Binnenhandel und die von unseren afrikanischen Partnern beschlossene Panafrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Area, AfCFTA) müssen aktiv unterstützt werden. Zentral ist hierbei der

deutliche Ausbau der Unterstützung für die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften als Zwischenschritt zur kontinentalen Freihandelszone.

- Zur aktiven Unterstützung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, muss durch die Gründung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz auch eine Infrastrukturoffensive für Afrika geschaffen werden um insbesondere Transportwege und –mittel auszubauen.
- Deutschland und Europa müssen den Abbau von Zöllen und die Digitalisierung und Modernisierung der Zollverwaltungen gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern noch aktiver unterstützen, um so über Ländergrenzen hinweg neue Märkte entstehen zu lassen.
- Die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft muss gerade im Bereich der Plattformökonomie und des Online-Handels intensiviert werden, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu ermöglichen und gleiche Spielregeln beim Einsatz neuer Technologien durchzusetzen.
- Die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union darf nicht zu Lasten der landwirtschaftlichen Produktion unserer Partnerländer in Afrika gehen. Gleichzeitig muss der Zugang afrikanischer Produkte zum europäischen Binnenmarkt deutlich erleichtert werden. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse müssen abgebaut werden. Hierfür müssen in einem ersten Schritt alle produkt- und produktionsbezogenen Standards zur Einfuhr von Gütern in die EU überprüft werden.

6. Start-ups in Afrika unterstützen

Die Bemühungen der Bundesregierung, deutsche mittelständische Unternehmen bei der Absicherung ihrer Investitionen in Afrika zu unterstützen, z.B. im Rahmen des Entwicklungsinvestitionsfonds, begrüßen wir grundsätzlich. Dennoch sehen wir dringenden Handlungsbedarf bei der Förderung afrikanischer Unternehmen, insbesondere kleinerer Unternehmen und Start-ups. Die Zahl der „Tech Hubs“ in Afrika ist im vergangenen Jahr um fast 50 Prozent angestiegen; Microsoft beabsichtigt über 100 Millionen US-Dollar in seine 2019 geschaffenen African Development Centres in Nigeria und Kenia zu investieren, um digitale Lösungen aus Afrika für Afrika und global zu etablieren. Mehrere so genannte Unicorns (Start-ups mit einer Marktbewertung von über einer Milliarde US-Dollar) stammen aus Afrika, zum Beispiel das mobile Zahlungssystem Interswitch und das Online-Handelsplattform Jumai. Die Bevölkerung Afrikas ist sehr jung und hat viele potenzielle Gründer, die lösungsorientiert vor Ort ihre Geschäftsideen mit Hilfe der Digitalisierung entwickeln können. Die Fraktion der Freien Demokraten fordert einen europäischen Gründerfonds für Afrika, der afrikanischen Kleinunternehmern und Start-ups unbürokratisch Zuschüsse und Startfinanzierung bietet. So werden die Probleme Afrikas aus der Bevölkerung heraus angegangen und die Eigenverantwortung der Menschen für die Entwicklung ihrer Länder gestärkt. Frankreich ist mit gutem Beispiel vorgegangen und stellt afrikanischen Start-ups in den nächsten drei Jahren 3,5 Milliarden Euro im Rahmen der Choose Africa Initiative zur Verfügung. Im Rahmen der Initiative wird technische und finanzielle Unterstützung für afrikanische Start-ups angeboten, in

Zusammenarbeit mit lokalen Dienstleistern wie Banken und Start-up-Inkubatoren. Diese Summe kann in einem gemeinsamen europäischen Fonds deutlich erhöht werden: für mehr Gründer und mehr gute Ideen aus und für Afrika.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Die Einrichtung eines europäischen Gründerfonds für Afrika, der afrikanischen Kleinunternehmern und Start-ups unbürokratisch Zuschüsse und Startfinanzierung bietet und in Zusammenarbeit mit lokalen Dienstleistern wie Banken und Start-up-Inkubatoren technische und finanzielle Unterstützung erleichtert.
- Die Ausweitung und bessere Unterstützung des Know-How-Transfers zwischen deutschen, europäischen und afrikanischen Start-ups, um insbesondere digitale Anwendungen beidseitig verfügbar zu machen.

7. Innovation und Forschung vernetzen

Afrika wird ein zunehmend wichtiger Standort für Forschung und Innovation. Globale Themen wie Digitalisierung und Klimawandel machen eine internationale Vernetzung nicht nur von Forschungseinrichtungen, sondern auch von Start-ups und Innovation Labs erforderlich. Es ist für Deutschland zentral, die Kooperation mit Universitäten, Think Tanks und Forschungseinrichtungen auf dem afrikanischen Kontinent zu intensivieren und strategisch auszurichten. Kreativität und gegenseitige Begegnungen sollten darüber hinaus auch über einen verstärkten kulturellen Austausch initiiert werden. Schul- und Städtepartnerschaften, z. B. im Rahmen von Young-Leaders-Programmen, können dabei wichtige Brückenbauer sein. Die Fraktion der Freien Demokraten fordert zudem ein gesamteuropäisches Afrika-Jahr, um das facettenreiche Bild des Kontinents in Europa zu vermitteln und kulturellen und politischen Austausch zu fördern.

Insgesamt müssen die Chancen der Digitalisierung dringend in Zusammenarbeit mit Unternehmen, Regierungen und Zivilgesellschaft ergriffen werden. Mittels Technologietransfer können afrikanische Länder durch sogenanntes „Leapfrogging“ langwierige Entwicklungsschritte überspringen. Hierfür muss das Thema Digitalisierung in den Vordergrund der Zusammenarbeit mit Afrika rücken. Die Afrikanische Union muss bei der Umsetzung der „Science, Technology and Innovation Strategy for Africa 2024 (STISA)“ innerhalb der Agenda 2063 unterstützt werden. Wir fordern mehr Engagement der Bundesregierung und der EU zur Förderung neuer Technologien und interafrikanischer Netzwerke und Initiativen, wie zum Beispiel Smart Africa. Wir setzen hierbei auf neue Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und Kooperationen zwischen Start-ups in Industrie- und Entwicklungsländern in der Informations- und Kommunikationstechnik sowie insbesondere innovative Finanzierungsinstrumente der Wirtschaftsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Gleichzeitig wollen wir die aktive Beteiligung von Frauen fördern. Die Vergabe von Mikrokrediten an Frauen war eine Erfolgsgeschichte, die ihresgleichen sucht und muss finanziell deutlich verstärkt werden.

Gerade im Bereich der Überwindung der digitalen Spaltung mit Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern, Stadt- und Landbevölkerung aber auch zwischen den Geschlechtern wollen wir mit Know-How beitragen, auch um die informationelle Selbstbestimmung eines jeden und den Schutz personenbezogener Daten vor unerlaubtem Zugriff zu gewährleisten. Angesichts wachsender sozialer und politischer Spannungen wollen wir zudem unabhängigen und kritischen Online-Journalismus vor Ort noch stärker unterstützen. Gerade der freie und selbstbestimmte Zugang zu unabhängigem, regierungsfernem Journalismus aber auch zu sozialen Medien ist ein wesentlicher Beitrag zur Demokratieförderung im 21. Jahrhundert. Zensur und politisch motivierte Internet-Shutdowns sind dramatische Eingriffe in Bürgerrechte, die wir kategorisch ablehnen und verurteilen.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Globale Themen wie Digitalisierung und Klimawandel machen eine internationale Vernetzung dringend erforderlich. Die Kooperationen mit Universitäten, Think Tanks und Forschungseinrichtungen auf dem afrikanischen Kontinent müssen intensiviert und strategisch ausgerichtet werden.
- Um „Leapfrogging“, also das Überspringen langwieriger Entwicklungsschritte, noch besser zu ermöglichen, muss die Digitalisierung Kernthema der Entwicklungspartnerschaft mit Afrika werden. Hierzu muss Afrika insbesondere bei der Umsetzung der „Science, Technology and Innovation Strategy for Africa 2024 (STISA)“ innerhalb der Agenda 2063 noch besser und systematischer unterstützt werden. Gleichzeitig muss auch die Gleichberechtigung im Bereich der Digitalisierung einen zentralen Stellenwert einnehmen, um nicht neue soziale, einkommens- oder geschlechterbezogene Spaltungen zu verursachen.
- Neben einer Intensivierung der Zusammenarbeit durch staatliche Stellen und öffentliche Einrichtungen müssen neue Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und Kooperationen zwischen Start-up-Firmen in Industrie- und Entwicklungsländern in der Informations- und Kommunikationstechnik forciert werden, um innovative Finanzierungsinstrumente der Wirtschaftsförderung für kleine und mittlere Unternehmen zu etablieren.
- Der freie, selbstbestimmte Zugang zu unabhängigem Journalismus muss durch die Förderung von unabhängigem, regierungsfernem Journalismus gefördert werden.
- Zur Förderung von Kreativität und gegenseitigen Begegnungen muss der kulturelle Austausch verstärkt werden. Es braucht ein gesamteuropäisches Afrika-Jahr, um das facettenreiche Bild des Kontinents in Europa zu vermitteln und kulturellen und politischen Austausch zu fördern.

8. Gemeinsame Verantwortung für Klima und Umwelt übernehmen

Wir sind uns unserer Verantwortung für den Klimaschutz bewusst und treten für eine international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von

Paris ein. Dabei ist uns klar, dass die Länder des globalen Südens durch Unwetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen die Folgen des Klimawandels am stärksten zu spüren bekommen werden. Wir wollen zur Verbesserung des Klimaschutzes dort ansetzen, wo große Mengen CO₂-Emissionen mit relativ geringem Aufwand schnell vermieden werden können und wo künftig das größte Wachstum an Energiebedarf eintreten wird - auch in Afrika. Dort können mit Hilfe europäischer Technologien wie regenerativer Energieerzeugung schnelle Erfolge erzielt werden. Auch schlagen wir vor, dass EU-Mitgliedstaaten im eigenen Land nicht erreichte CO₂-Einsparungsziele gegen die Finanzierung von ebenso wirksamen, aber kostengünstigeren CO₂-Einsparungen in afrikanischen Ländern verrechnen können, so wie der Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens dies erlaubt.

Der Bedarf nach immer mehr Rohstoffen führt zu massiv steigender Rohstoffförderung in Afrika, vor allem bei den Batterierohstoffen. Der Bergbau ist einer der Industriezweige, der für einen enormen CO₂-Ausstoß, für die Zerstörung von Umwelt- und Lebensgrundlagen sowie für schwerwiegende Menschenrechts- und Umweltverletzungen verantwortlich ist - insbesondere in Ländern mit schwacher Regierungsführung. Hier muss im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit erstens ein klarer Schwerpunkt auf Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bergbau gelegt werden. Zweitens fordern wir eine Umkehr in der einseitigen Förderung batteriebetriebener Mobilität, die auf Kosten der rohstoffproduzierenden afrikanischen Länder geschieht, hin zur Förderung von alternativen Kraftstoffen, wie zum Beispiel synthetische Kraftstoffe wie E-Fuels. Diese können mittels regenerativer Energiequellen in Afrika, beispielsweise durch Sonnenenergie, ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt werden und neue Einnahmequellen für diverse Staaten Afrikas generieren. Um diese Kraftstoffe auch tatsächlich nutzbar zu machen, fordern wir als Fraktion der Freien Demokraten die Anpassung der nationalen und europäischen Regelungen zur Inverkehrbringung und Nutzung von E-Fuels in Deutschland und Europa.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit müssen ausgebaut und europäische Technologien, wie regenerative Energieerzeugung, zur effizienten und kostengünstigen CO₂-Minderung, intensiver eingesetzt werden.
- Insbesondere die zunehmende Rohstoffförderung in Afrika erfordert die deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen im Bergbau, um den enormen CO₂-Ausstoß des Sektors zu reduzieren und die Zerstörung von Umwelt- und Lebensgrundlagen sowie Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.
- Die einseitige Förderung der ressourcenintensiven batteriebetriebenen Mobilität muss beendet werden. Die Förderung von alternativen und synthetischen Kraftstoffen wie E-Fuels, die mittels regenerativer Energiequellen in Afrika kostengünstig, wachstumsmehrend und emissionsarm hergestellt werden können, muss verstärkt werden. Die

Inverkehrbringung und Nutzung von E-Fuels muss in Deutschland und Europa regulatorisch ermöglicht bzw. vereinfacht werden.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Verhandlungen über ein Environmental Goods Agreement auf WTO-Ebene wiederbelebt und um die Liberalisierung des Handels mit Klima- und Umweltdienstleistungen erweitert werden. Gerade Umwelttechnologien sind ein entscheidender Baustein, um eine klima-, ressourcen- und umweltschonende Entwicklung zu ermöglichen. Der Handel und insbesondere der Zugang zu modernsten Klima- und Umweltschutztechnologien und -dienstleistungen muss deutlich einfacher und kostengünstiger möglich sein. Aus diesem Grund begrüßen wir die im November 2020 innerhalb der WTO, unter anderem von der EU initiierten, Trade and Environmental Sustainability Structured Discussions (TESSD). Um einen schnellstmöglichen Abschluss des Environmental Goods and Services Agreements realisieren zu können, fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich sowohl auf europäischer Ebene als auch innerhalb der WTO für die Umsetzung in Form eines plurilateralen Abkommens stark zu machen. Auch im Rahmen der EU-Afrika-Strategie muss diese Initiative oberste Priorität der EU und der Mitgliedstaaten bekommen.

Neben Emissionsminderungen setzen wir als Fraktion der Freien Demokraten auf mehr Wald für den Klimaschutz. Aufforstung ist derzeit das kostengünstigste und vor allem effizienteste Mittel, um den Wettlauf gegen die Erwärmung des Planeten zu gewinnen. Wir setzen uns für Waldschutz und Aufforstungen in den tropischen Regenwaldgebieten in Afrika ein und wollen dies zu einem Schwerpunkt der Zusammenarbeit mit Afrika machen. Wir fordern die Unterstützung der Great Green Wall of the Sahara and the Sahel Initiative (GGWSSI) der Afrikanischen Union, die auf einer Länge von 8.000 Kilometern von Dakar bis nach Dschibuti durch Schaffung eines Bands aus produktiven Landschaften Desertifikation stoppen und Millionen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen soll. Hierbei handelt es sich nicht nur um das größte gemeinschaftliche Projekt der Afrikanischen Union, sondern auch eine wegweisende Initiative zum Klima- und Umweltschutz, die aus Afrika heraus selbst geboren wurde. Die Verweigerungshaltung der Bundesregierung bei der Unterstützung ist auch vor diesem Hintergrund nicht länger tragbar und muss im Rahmen der EU-Afrika-Strategie durch ein gemeinsames europäisches Bekenntnis zur weltweiten Aufforstung ersetzt werden.

Gleichzeitig muss die Zerstörung von Waldflächen, insbesondere von Tropenhölzern, beendet werden, da hierdurch massiv die bestehenden Möglichkeiten zur natürlichen CO₂-Speicherung zerstört werden. Aus diesem Grund fordern wir Freie Demokraten, dass die Zerstörung von Waldflächen ebenso wie die Verletzung von Menschenrechten, Völkerrechtsstandards, demokratischen Grundsätzen, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung im Rahmen des Cotonou-Nachfolgeabkommens sanktionsbewährt wird. Hierbei darf auch die Einstellung von Zahlungen an staatliche Akteure kein Tabu sein, denn negative Waldbilanzen gefährden nicht nur den Klima- und Umweltschutz vor Ort, sondern weltweit.

Angesichts dessen, dass der Weltklimarat (IPCC) die Speicherung und Verwendung von CO₂ als unverzichtbar für die Erreichung der Pariser Klimaziele einstuft, wollen wir auch diese Potenziale ergänzend zur organischen CO₂-Speicherung vollumfänglich nutzen. Wir Freien Demokraten setzen uns daher auch aktiv für die Forschung und Förderung von Technologien zur CO₂-Minderung, -Entnahme und Weiternutzung ein. Über eine Verstärkung des Wissens- und Technologietransfer im Rahmen multilateraler Instrumente wie dem Grünen Klimafonds wollen wir auch den afrikanischen Staaten technologische Fortschritte aus Forschung und Entwicklung zu technischen CO₂-Entnahme-, Speicherungs- und Weiternutzung ermöglichen.

Ressourcenschonender Umgang mit Rohstoffen heißt für uns als Fraktion der Freien Demokraten auch, dass die Wiederverwertung gesteigert werden muss. Der Ausbau von Abfall- und Kreislaufwirtschaftssystemen in unseren afrikanischen Partnerländern muss daher noch stärker als heute vorangetrieben werden. Neben dem Umweltschutz durch eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs bietet dies auch die Chance, vielen Menschen gerade in den ärmsten Ländern der Welt verlässliche Einnahmequellen zu schaffen. Die Verschiffung von Abfällen aus Europa in Entwicklungsländer, in denen diese nicht sach- und fachgerecht entsorgt werden können, lehnen wir entschieden ab.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Die Bundesregierung muss ihr politisches Kapital und die günstigen Rahmenbedingungen, die der Fokus der neuen US-Administration auf internationalen Klimaschutz bietet, nutzen und sich für eine Wiederbelebung der Verhandlungen über ein Environmental Goods Agreement auf WTO-Ebene und dessen Erweiterung um den Bereich der Klima- und Umweltdienstleistungen einsetzen. Der Handel und insbesondere der Zugang zu modernsten Klima- und Umweltschutztechnologien und -dienstleistungen muss deutlich einfacher und kostengünstiger möglich sein, weil Umweltechnologien ein entscheidender Baustein für eine klima-, ressourcen- und umweltschonende Entwicklung weltweit sind.
- Die Bundesregierung muss die Great Green Wall of the Sahara and the Sahel Initiative (GGWSSI) der Afrikanischen Union, die auf einer Länge von 8.000 Kilometern von Dakar bis nach Dschibuti durch Schaffung eines Bands aus produktiven Landschaften Desertifikation stoppen und Millionen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen soll, aktiv finanziell und durch Know-How unterstützen.
- Die Zerstörung von Waldflächen muss, ebenso wie die Verletzung von Menschenrechten, Völkerrechtsstandards, demokratischen Grundsätzen, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung, im Rahmen des Cotonou-Nachfolgeabkommens sanktionsbewährt werden. Hierbei darf auch die Einstellung von Zahlungen an staatliche Akteure kein Tabu sein.
- Forschung und Förderung von Technologien zur CO₂-Minderung, -Entnahme und Weiternutzung müssen ausgebaut werden. Über Wissens- und Technologietransfer im Rahmen multilateraler Instrumente, wie dem Grünen Klimafonds, müssen technologische Fortschritte aus Forschung und

Entwicklung zur technischen CO₂-Entnahme-, -Speicherung und Weiternutzung auch den afrikanischen Staaten zugänglich gemacht werden.

- Der Ausbau von Abfall- und Kreislaufwirtschaftssystemen in den afrikanischen Partnerländern muss stärker vorangetrieben werden. Neben dem Umweltschutz durch eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs bietet dies auch die Chance neuer Einnahmequellen für viele Menschen in den ärmsten Ländern der Welt.
- Die Verschiffung von Abfällen aus Europa in Entwicklungsländer, in denen diese nicht sach- und fachgerecht entsorgt werden können, muss konsequent beendet werden.

9. Frieden und Sicherheit stärken

Gewaltsame Konflikte, Terrorismus und transnationale organisierte Kriminalität, wie z. B. Menschenhandel, aber auch Naturkatastrophen und Epidemien beeinträchtigen die Sicherheit und die Freiheit der Menschen auf dem afrikanischen Kontinent in besonderer Weise. Wir setzen uns daher dafür ein, unsere Partner in Afrika im Bereich Frieden und Sicherheit zu unterstützen. Dazu zählt die Unterstützung von Friedensprozessen durch Diplomatie und Dialogformate ebenso wie eine gezielte und in der EU abgestimmte Unterstützung der Afrikanischen Union und regionaler Organisationen wie beispielsweise ECOWAS beim Aufbau ihrer Sicherheitsarchitektur. Bilaterale Programme und Projekte der Bundesregierung wie militärische Ausbildungshilfe und Ertüchtigung müssen die EU-Programme sinnvoll ergänzen. Das zivile und militärische Engagement Deutschlands in EU- und UN-Friedensmissionen und die Unterstützung grenzüberschreitender Initiativen wie Sahel G5 leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Terrorismus. Dabei muss aber gelten, Deutschlands zivile, polizeiliche und militärische multi- und bilaterale Beiträge ressortübergreifend abzustimmen, regelmäßig auf den strategischen Prüfstand zu stellen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Diplomatie, wirtschaftliche Zusammenarbeit und militärisches Engagement müssen miteinander vernetzt werden. Insbesondere die Schaffung inklusiver, dezentraler politischer und staatlicher Strukturen ist hierbei von zentraler Bedeutung, um allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu politischer Teilhabe zu ermöglichen. Angesichts zunehmender ethnischer Spannungen in weiten Teilen Afrikas muss die Dezentralisierung politischer Entscheidungsprozesse deutlich stärker in den Fokus gerückt werden, um lokale Ebenen angemessen in politische und institutionelle Prozesse einzubinden.

Die von der Bundesregierung eingeführte Staatssekretärsrunde "Afrika", die nach Angaben der Bundesregierung im Jahr 2020 lediglich dreimal zusammengetreten ist, ist für die ressort- und regionenübergreifende Vernetzung offenkundig nicht geeignet. Als Fraktion der Freien Demokraten wollen wir die Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik durch die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats besser aufeinander abstimmen und koordinieren. Gerade angesichts wachsender Herausforderungen und der Notwendigkeit, dass auch

Deutschland einen größeren Beitrag zu internationalem Frieden und Sicherheit leisten muss, ist dies dringend geboten.

Insgesamt gilt es, ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung zusammen mit unseren afrikanischen Partnern weiterzuentwickeln und einzusetzen. Dazu zählen gemeinsame Programme wie KI-gestützte Krisenfrüherkennung und antizipierende Humanitäre Hilfe sowie die Unterstützung von Organisationen und Finanzierungsmodellen (Forecast-based Financing), die in Krisensituationen schnell und vorausschauend Hilfe leisten können. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, die Regierungen und Gemeinden in Afrika dabei zu unterstützen, ihre Widerstandsfähigkeit im Umgang mit Naturkatastrophen und Epidemien zu stärken.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Bilaterale Programme und Projekte der Bundesregierung wie militärische Ausbildungshilfe und Ertüchtigung von Sicherheitskräften müssen durch EU-Programme und Maßnahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere durch die Förderung der Zivilgesellschaft, sinnvoll ergänzt werden.
- Unsere Partner in Afrika müssen im Bereich Frieden und Sicherheit noch besser unterstützt werden. Dazu zählt die Unterstützung von Friedensprozessen durch Diplomatie und Dialogformate ebenso wie eine gezielte und in der EU abgestimmte Unterstützung der Afrikanischen Union und regionaler Organisationen wie beispielsweise ECOWAS beim Aufbau ihrer Sicherheitsarchitektur.
- Angesichts zunehmender ethnischer Spannungen in weiten Teilen Afrikas muss die Dezentralisierung politischer Entscheidungsprozesse und die Schaffung inklusiver, dezentraler politischer und staatlicher Strukturen deutlich stärker in den Fokus gerückt werden, um lokale Ebenen angemessen in politische und institutionelle Prozesse einzubinden.
- Um die Vernetzung der Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik ressort- und regionenübergreifend sicherstellen zu können, muss ein Nationaler Sicherheitsrat eingerichtet werden
- Ziviles Krisenmanagement, Konfliktprävention und Friedensförderung müssen weiterentwickelt werden, KI-gestützte Krisenfrüherkennung, antizipierende Humanitäre Hilfe sowie die Unterstützung von Organisationen und Finanzierungsmodellen (Forecast-based Financing) müssen systematisch genutzt werden.

10. Ein geordnetes, menschenrechtsbasiertes Migrations- und Asylmanagement aufbauen

Die Gründe für Flucht und Migration in Afrika sind vielfältig. Sie reichen von Arbeitslosigkeit, Armut, Dürre, gewaltsamen Konflikten bis hin zu Vertreibung. Viele Menschen fliehen innerhalb Afrikas oft in benachbarte Länder, nur ein Teil von ihnen versucht den Weg fortzusetzen und Europa zu erreichen. Die Fluchtursachen können nur regionenübergreifend und vernetzt angegangen

werden. Dazu zählen die Bekämpfung von Menschenhandel und Gewalt, Krisenprävention sowie die Förderung von Wirtschaft und Arbeitsmobilität.

Mehr als die Hälfte der Menschen, die über die Mittelmeerroute die gefährliche Überfahrt nach Europa unternehmen, sind Migranten aus Afrika. Es muss verhindert werden, dass Schlepper und Schleuser die Gebote von Humanität und Völkerrecht für ihr menschenverachtendes Geschäft ausnutzen. Die Regeln dieser perversen Lotterie „Europa oder Tod“ können nur durchbrochen werden, indem für Schutzsuchende geordnete, legale und sichere Wege nach Europa geschaffen werden. Zudem müssen sichere humanitäre Schutzzonen in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in den Transit- und Herkunftsstaaten außerhalb Europas eingerichtet werden. Dies gilt insbesondere für die Staaten südlich der Sahara, die den Schutzsuchenden verstärkt als Transitstaaten dienen. In den Schutzzonen sollen Schutzsuchende Anträge auf humanitären Schutz stellen und vor Ort Asylverfahren von europäischen Agenturen wie dem European Asylum Support Office (EASO) durchgeführt werden können. Schutzsuchende, die im Mittelmeer gerettet werden, könnten dann grundsätzlich - im Rahmen der zulässigen Grenzen des Völkerrechts - in diese Schutzzonen gebracht werden, damit sie dort einen Antrag auf humanitären Schutz stellen oder sich als Arbeitskräfte in Europa bewerben können.

Gleichzeitig müssen auch die gemeinsamen Maßnahmen von EU und afrikanischen Partnerländern zur Migrationssteuerung, also Khartoum-, Rabat- und Valetta-Prozess, in eine kohärente EU-Afrika-Strategie überführt werden. Die Anforderungen an eine innerafrikanische Migrationssteuerung müssen von unseren afrikanischen Partnern selbst definiert werden und dürfen nicht von der EU oder einzelnen Mitgliedsstaaten diktiert werden. Nur so kann sichergestellt werden, innerafrikanische Maßnahmen zur Migrationssteuerung nicht den Bestrebungen zum Aufbau von innerafrikanischen Handelsbeziehungen und dem weiteren Ausbau der regionalen Binnenmärkte, beispielsweise durch grenzüberschreitende Personenfreizügigkeit innerhalb der bestehenden Wirtschaftsgemeinschaften, entgegenstehen.

Wir Freie Demokraten fordern:

- Fluchtursachen wie Arbeitslosigkeit, Armut, Dürre, gewaltsamen Konflikten und Vertreibung müssen regionenübergreifend und vernetzt angegangen werden. Die Bekämpfung von Menschenhandel und Gewalt, Krisenprävention sowie die Förderung von Wirtschaft und Arbeitsmobilität sind hierbei im Rahmen der vernetzten deutschen und europäischen Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik von entscheidender Bedeutung.
- Um das Geschäftsmodell von Schleusern zu durchbrechen, braucht es für Schutzsuchende geordnete, legale und sichere Wege nach Europa. Hierfür müssen sichere humanitäre Schutzzonen in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) in den Transit- und Herkunftsstaaten außerhalb Europas eingerichtet werden.

- Im Rahmen des Cotonou-Nachfolgeabkommens muss die Bundesregierung sicherstellen, dass die Anforderungen an eine innerafrikanische Migrationssteuerung von unseren afrikanischen Partnern selbst definiert werden und nicht der für den Ausbau des afrikanischen Binnenhandels notwendigen grenzüberschreitenden Personenfreizügigkeit entgegenstehen.

Ansprechpartner:

Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender

Telefon: 030 227 - 78360 – E-Mail: alexander.graflambsdorff@bundestag.de